

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 3.60 M., monatlich 1.20 M., durch die Post vierteljährlich 3.60 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstellen, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile ober deren Raum 30 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 35 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingekauft die Zeile 75 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Siele.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 236

Bad Schandau, Freitag, den 21. November 1919

63. Jahrgang

Der amtliche Teil befindet sich auf Seite 4.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Zum deutschen Gesandten in Stockholm wurde der bisherige Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Reichspräsidenten Radolow ernannt.

* Der parlamentarische Untersuchungsausschuss wird voraussichtlich Ende November wieder zusammengetreten.

* Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat Berlin am Donnerstag wieder verlassen.

* In dem Strafprozess Erzberger gegen die Deutsche Zeitung hat das Gericht Verurteilung zwecks weiterer Beweishebung beschlossen.

* Der frühere preussische Kriegsminister Oberst Reinhardt ist zum Generalmajor befördert worden.

* Wie in Berlin verlautet, wird Major v. Rühow, der mit seiner Truppe an den Hindenburg-Demonstrationen teilgenommen hat, vom Reichswehrminister seines Postens entbunden werden.

* Zum Ministerpräsidenten in Ungarn wurde der bisherige Kultusminister Huszar bestimmt.

Ein letztes Wort.

Neben dem Lärm, der durch die Arbeiten des Untersuchungsausschusses, durch die Kundgebungen für und gegen Hindenburg verursacht wird, haben wir noch andere Sorgen. Man täte gut daran, sich mit ihnen anzulegen. Hier zu befassen, als es der Fall ist, denn sie betreffen nicht Fragen der Vergangenheit, über die eine Einigung unter dem heutigen Geschlecht doch nicht zu erzielen ist, sondern unser nacktes Leben steht auf dem Spiel — und darum sollten wir uns zweckmäßigerweise wohl lieber befürmern, ehe es zu spät ist, ehe uns nur noch Schuldforderungen auf diesem Gebiet aufzuwerfen bleiben. Aufgabe einer fruchtbareren, einer staats- und volkerhaltenden Politik muß es sein, es gar nicht erst bis zur Erhebung von Schuldforderungen kommen zu lassen, sondern herannahendes Unheil rechtzeitig zu erkennen und zu verhüten; dann braucht man sich hinterdrein nicht darüber zu entzweien, wer es verschuldet habe. Das Kind soll eben nicht in den Brunnen fallen.

Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft hat in eingehenden Verhandlungen mit sämtlichen landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands, darunter auch solchen, die keineswegs im Geruche agrarischer Interessenspolitik stehen, die Lage unserer Ernährungswirtschaft beraten und ist zu der Überzeugung gekommen, daß sofortige Maßnahmen notwendig sind, wenn der drohende völlige Zusammenbruch noch aufgehalten werden soll. Der ungeheure Ernst der Lage hat den Reichsausschuss veranlaßt, sich mit einer sorgfältig ausgearbeiteten Kundgebung an alle in Betracht kommenden Stellen zu wenden und ihnen ein Wirtschaftsprogramm zu unterbreiten, von dessen Einführung er die Weiterexistenz der deutschen Landwirtschaft und damit die Ernährung des deutschen Volkes abhängig macht. Grundlegend ist der Ausgangspunkt der ganzen Eingabe: Bisher legte man den errechneten Bedarf der Gesamtbevölkerung den Anforderungen an die Landwirtschaft zugrunde, ohne dabei deren Erhaltung zu berücksichtigen. So kam es, daß die Produktionskraft der landwirtschaftlichen Arbeit, statt planmäßig gesteigert zu werden, immer mehr zurückging, mit dem Erfolg, daß jetzt nicht einmal mehr soviel geliefert werden kann, wie noch in den schwersten Kriegsjahren für die Volksernährung hergegeben wurde. Nur ein schleuniger Wiederaufbau, insbesondere der völlig zugrunde gerichteten Viehwirtschaft, kann eine einigermaßen ausreichende Sicherstellung der Ernährung in den nächsten Jahren herbeiführen.

Geordert wird deshalb an erster Stelle, daß statt der bisherigen Art der Bedarfsermittlung in Zukunft auszugehen ist von der auf Grund sachverständiger Prüfung festzustellenden Leistungsfähigkeit der Betriebe. Der Fehlbetrag ist aus dem Auslande zu beziehen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Brotversorgung während des ganzen Winters schon jetzt als gefährdet gelten muß, daß auch für ausreichende Kartoffelbelieferung keine Wahrscheinlichkeit mehr besteht, und daß die Fleischversorgung bereits vollständig zusammengebrochen ist. Die Unterlieferung von Vieh gemäß der Umlage durch die Reichsfleischstelle verlagert allerorten ganz und gar, während Fleisch ohne Warten überall zu haben ist. Helfen kann, nach der einstimmigen Überzeugung der hinter dieser Eingabe stehenden landwirtschaftlichen Körperschaften, nur die Ersetzung der bisherigen Zwangswirtschaft durch die Lieferung auf Grund tatsächlicher Leistungsfähigkeit. Unter Einhaltung dieses Grundprinzips hätte die öffentliche Bewirtschaftung sich fortan nur noch auf die Brotversorgung und allenfalls auf die Sicherung von Milch und Vorkereizergewinnen zu beschränken. Die Fleischbewirtschaftung dagegen, die ohnehin nur noch auf dem Papier steht, muß sofort aufhören, da die Landwirte durch die völlig sinnlos ge-

wordenen Strafverordnungen in der zweckmäßigen Bewirtschaftung ihrer Viehbestände gehindert werden. Das gleiche gilt für die Zuckerbewirtschaftung, die uns nur einen ungeheuren Rückgang der Anbauflächen gebracht und Deutschland aus einem der ersten Ausfuhrgebiete zu einem Zufuhrland für Zucker gemacht hat. Auch hier muß sofort gehandelt werden, weil jetzt die Felder für den nächstjährigen Anbau vorzubereiten sind. Ferner muß der Landwirtschaft ein größerer Teil des Brotgetreides als bisher zur besseren Ernährung der von ihr beschäftigten Arbeitskräfte und zur Erhaltung ihrer Betriebe überlassen werden, nicht im Eigeninteresse der Beteiligten, sondern zur Steigerung der Produktion, ein Gesichtspunkt, der unter der Einwirkung der Verbraucherwünsche bisher nur allzu sehr vernachlässigt worden ist. Ebenso ist bei der Einordnung der Kartoffeln zu verfahren, während für Getreide völlige Freigabe gefordert wird. Bei Berücksichtigung dieses Programms der Sachverständigen wird der Reichsregierung die volle Unterstützung der Landwirtschaft zugesichert. Im andern Falle wird jede Verantwortung für das Scheitern unserer Volksernährung und jede Mitwirkung bei der Durchführung der jetzigen Maßnahmen abgelehnt.

Kein Zweifel, daß ist das letzte Wort der deutschen Landwirtschaft. Möge es ohne Parteipartisanen würdig werden, wie es ohne Unterschied der Parteien gesprochen worden ist.

Der Untersuchungsausschuss.

Eine Kritik der süddeutschen Demokraten.
Zur Frage des Untersuchungsausschusses teilt die Süddeutsche demokratische Korrespondenz, das offiziöse Organ der demokratischen Partei in Bayern, folgendes mit: „In weitesten Kreisen der deutsch-demokratischen Partei hat der bisherige Verlauf der Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses und die ganze Art der Verhandlungsführung wachsendes Mißfallen, ja Empörung erregt. Die Überzeugung, daß auf diese Weise nimmermehr die volle Wahrheit zutage kommen kann, daß hierzu vor allem auch die Distanz der Akten der feindlichen und neutralen Regierungen notwendig sei, ist zur Gewissheit geworden, zumal gewisse Persönlichkeiten, die im Ausschuss mitwirken, ihre schuldhaften Verirrungen mit einseitigen Beeinflussungen überdecken und den Verhandlungsprozess zu verdunkeln trachten. Auch ist rechtlich und politisch bis heute das eigentliche Ziel der Untersuchung nicht fest und unabweisbar herausgestellt worden. In rechtlicher Hinsicht haben sich auch Unklarheiten ergeben. Das alles verrät, auf wie schwankenden Gründen das ganze bisherige Verfahren steht. Sollte der Untersuchungsausschuss nicht zu einer Erhellung des Feststellungs- und Rechtsverfahrens ausarten, so muß die Nationalversammlung schleunigst in persönlicher und sachlicher Hinsicht eingreifen. Sie muß vor allem neuerdings im Namen der nationalen Würde unseres Volkes als unabwiesbare Vorbedingung die gerechte und laute Forderung erheben, daß Deutschlands Kriegsgegner nun auch ihrerseits ihre sittliche Wahrheitspflicht erfüllen und ihr Aktenmaterial reichhaltig zur Aufdeckung der Wahrheit zur Veröffentlichung dienstbar machen und daß sie es einer vorurteilslosen und unparteiisch zusammengefügten internationalen Feststellungskommission zur Verfügung stellen. Führt der parlamentarische Untersuchungsausschuss aber in seinen Arbeiten ohne Erfüllung dieser Vorbedingungen fort, so muß ihm mindestens eine rein sachliche und nicht parlamentarische Sachverständigenkommission beigegeben werden, mit dem Rechte, auch ihrerseits unmittelbar an die Nationalversammlung zu berichten.“

Wiederzusammentritt Ende November.

Der Gesamt-Untersuchungsausschuss hat eine Sitzung abgehalten, in der auf Vorschlag des Unterausschusses II beschlossen wurde, in den öffentlichen Sitzungen eine Pause von etwa zehn Tagen eintreten zu lassen. Nach Ablauf dieser Frist soll die Untersuchung der Wilson-Aktion fortgesetzt werden. Es wurde ferner festgestellt, daß die Aussagen des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und des Generals Ludendorff, die die beiden Heerführer am Dienstag gemacht haben, die Wilson-Aktion so weit geklärt haben, daß eine weitere Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs in dieser Angelegenheit nicht mehr erforderlich sei. Die beiden Heerführer werden daher erst dann wieder vorgeladen werden, wenn andere Angelegenheiten ihre weiteren Aussagen erforderlich machen. Wenn nach Wiederaufnahme der Sitzungen die Erörterung der Wilson-Aktion zu Ende geführt ist, soll der mit ihrer Klärung beauftragte Unterausschuss sich verabschieden und andere Unterausschüsse sollen dann ihre öffentlichen Sitzungen beenden.

Der Erzberger-Prozess verlagert.

Verurteilung von Bethmann, Helfferich, Graf Roedern, Dr. Spahn, S. Berlin, 20. November.

Vor der 7. Strafkammer des Berliner Landgerichts wurde heute der Verleumdungsprozess Erzberger-Deutsche Zeitung verhandelt. Vielfach hatte man sentimentale Enthüllungen von diesem auf politischen Gegenständen basierenden Verfahren erwartet. Dazu kam es aber nicht.

Reichsfinanzminister Erzberger hat den Strafantrag wegen des in der Deutschen Zeitung veröffentlichten Artikels „Ein Eingeständnis“ gestellt. In diesem Artikel wurde gesagt, daß die leinzeit von Erzberger aufgestellte Behauptung, daß im Falle Manheim (der in Berlin getötete französische Sergeant) die von der französischen Regierung als Sühne geforderte eine Million Goldmark nicht aus Staatsmitteln, sondern aus Privatmitteln bezahlt worden sei, eine Lüge gewesen sei, und im Anschluß daran war gesagt worden, daß es bei Erzberger auf eine Lüge mehr oder weniger nicht ankomme.

Der Angeklagte, Dr. Ernst Völk, verantwortlicher Schriftleiter der Deutschen Zeitung, schränkte gleich zu Anfang der Verhandlung seine Beschuldigung gegen Erzberger insofern ein, als er zugab, es sei ihm bei dem Artikel ein Irrtum unterlaufen. Er habe geglaubt, die Erklärung über die Million sei von Erzberger in der Nationalversammlung gegeben worden. In Wirklichkeit soll sie Unterstaatssekretär Cuno vom Auswärtigen Amt in einer Pressekonferenz gemacht haben. Wie festgestellt wurde, hat Erzberger nicht damit zu tun und auch keine Kenntnis von der Regelung der Angelegenheit gehabt. Er war damals gar nicht in Berlin. In diesem Falle zieht also der Angeklagte seine Behauptung zurück, es habe ihm auch eine persönliche Verleumdung Erzbergers ferngelegen. Der Staatsanwalt beantragte 200 Mark Geldstrafe gegen ihn.

Das Gericht beschließt jedoch nach kurzer Beratung angesichts des allgemein gehaltenen Strafantrages, das auch der Sach nachgeprüft werden müsse, in dem der Artikel behauptet, daß es Minister Erzberger mit der Wahrheit nicht genau nehme. Die Verleumdung erklärt, den Wahrheitsbeweis antreten zu wollen, daß Erzberger mindestens in sechs Fällen die Unwahrheit gesagt habe. Darauf bezieht der Gerichtshof, die Sache zu verlagern und zu einem neuen Termin die jetzt geladenen Zeugen zu laden, ferner die in dem Schriftsatz der Verteidigung angegebenen Zeugen, nämlich: Reichsanwalt a. D. v. Bethmann Hollweg, Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich, Staatssekretär a. D. Graf Roedern, Staatssekretär a. D. Dr. Solf, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn, Dr. Warburg und Dr. Waldstein.

Einigungsversuche in der Sozialdemokratie.

Nach keine Verhandlungen.

Die letzten Ministerreden in der Preussischen Landesversammlung und Auerungen Scheidemanns lassen darauf schließen, daß neuerliche Beitreibungen im Gange sind, die mehrfach gespaltene deutsche Sozialisten wieder zu einigen. Nach Meldungen von demokratischer Seite sollen sogar schon „inoffizielle Besprechungen“ stattgefunden haben. Demgegenüber erklärt indessen das Berliner Organ der Unabhängigen, die „Freiheit“, daß ihr „weder von inoffiziellen noch von offiziellen Verhandlungen etwas bekannt“ sei. Unter welchen Bedingungen die Unabhängigen zu einer Einigung mit den Mehrheitssozialisten bereit sind, das legte der Unabhängige Ludwig in der Preussischen Landesversammlung dar, indem er sagte: „Die unabhängige sozialdemokratische Partei hat schon auf ihrem März-Parteitag in ihrem Aktionsprogramm klar die Voraussetzungen für eine Einigung des Proletariats formuliert. Eine Einigung kann nur erfolgen auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes. Das bedingt eine Aufgabe der Koalitionspolitik mit dem kapitalistischen Bürgertum und die Preisgabe der Moskauer Gewaltpolitik. Solange dazu keine Bereitwilligkeit bei der rechtssozialistischen Partei besteht, ist eine Einigung unmöglich und zwecklos. Soll sie nur dazu dienen, die Rechtssozialisten in der Regierung zu stützen, die sie gemeinsam mit den Klassenfeinden des Proletariats bilden, so lehnen wir sie rundweg ab. Auf dem Boden der sozialistischen Grundsätze allein ist sie möglich.“

Die französischen Kammerwahlen.

Entscheidender Sieg Clemenceaus.

Von den bisher bekannten 206 Wahlergebnissen erhielten die Republikaner der Linken 54 (davon 30 neue), die Radikalen 23 (15), die Sozialistisch-Radikalen 35 (15), die sozialistischen Republikaner 9 (3), die unifizierten Sozialisten 15 (6), die Progressisten 31 (18), die Action liberale 25 (20), die Konservativen 14 (9). Die Radikalen gewinnen 13 und verlieren 6, die Sozialistisch-Radikalen gewinnen 4 und verlieren 38, die sozialistischen Republikaner gewinnen 8 und verlieren 6, die unifizierten Sozialisten gewinnen 3 und verlieren 19. Die Progressisten gewinnen 17, ebenso gewinnt die Action liberale 17, die

Konservativen gewinnen 5 und verlieren 4. Unterlegen sind u. a. Renoult, Baul Constant, Bedouce, Essen Brevost, Dalbics, Franklin Bouillon und Angagneur. Regierungsoffiziös erklärt „Sadas“ dazu: „Obwohl die Wahlergebnisse noch nicht vollständig bekannt sind, zeichnet sich das Gesamtbild bereits deutlich ab. Der Erfolg der Politik Clemenceaus steht fest und seine Anhänger gewinnen überall Boden, während die Oppositionsführer der radikalen Partei geschlagen sind. Die Sozialisten verlieren viele Sitze, besonders in den Nachbargegenden der Front, im Elsass, in Lothringen, wo sie wahrscheinlich alle Sitze verlieren werden, in Paris, in Amiens und in der Gegend des Bas des Calais, wo sie gleichfalls alle Sitze verlieren. Albert Thomas ist gewählt. Die einzige Gegend, wo sich die Sozialisten behaupten, ist das Departement du Nord, das vom Feind besetzt war und wo die gewählten Sozialisten bis zum Ende des Krieges sich durch Patriotismus ausgezeichnet haben, indem sie namentlich im Jahre 1917 es abgelehnt, sich an der Stockholmer Konferenz zu beteiligen, bevor der deutsche Militarismus völlig niedergeworfen sei.“ — In ganz Elsass-Lothringen wurden die Kandidaten des nationalen Blocks gegen die der Sozialdemokraten gewählt.

Paris, 18. November. Von den Kammerwahlen sind bisher ungefähr 590 Resultate bekannt, und zwar erlangten bisher links-Republikaner 125 Sitze (Verlust 36) Radikale 54 (Verlust 7), Sozialistisch-Radikale 78 (Verlust 5), Republikanische Sozialisten 26 (Verlust 7), unfiziert Sozialisten 25 (Verlust 32), diffuse Sozialisten 6 (Gewinn 6), Progressiven 126 (Gewinn 76), Action-Liberale 78 (Gewinn 42), Konservative 42 (weder Gewinn noch Verlust).

Paris, 19. November. Clemenceau hat nach den jetzt vorliegenden Wahlergebnissen einen bedeutenden Sieg für den von ihm vertretenen Nationalismus errungen. Die Sozialisten haben eine schwere Niederlage erlitten. Die rechtsstehenden Parteien sind gestärkt worden. Auch in Elsass-Lothringen sind die Sozialdemokraten stark in die Minderheit gekommen.

Die Parteien in der italienischen Kammer.

Die italienische Kammer, für die jetzt Neuwahlen stattgefunden haben, setzt sich aus 508 Abgeordneten zusammen. 52 Sitze waren vor der Auflösung des Parlaments aus verschiedenen Gründen, wie Mandatsniederlegung oder Tod ihrer Inhaber, unbesetzt. Zu den Parteien der Linken gehören zunächst die Sozialisten, und zwar 15 patriotisch gesinnte Reformisten mit Bissolati als Parteiführer, und 45 sog. offizielle Sozialisten, deren Führer Turati war. Dann haben in der alten Kammer 20 Republikaner. Die radikale Linke umfaßt die ministeriellen Radikalen mit Sacchi als Führer (18 Abgeordnete), die unabhängigen Radikalen und etwa 20 Deputierte, deren Führer Nello war, und die unentwegt gegen das Ministerium Nitti gestimmt hatten. Die Gruppe Giolittis setzte sich trotz des bedeutenden Einflusses, den sie in der Kammer hatte, nur aus 35 Abgeordneten zusammen. 60 Abgeordnete hatten sich zur „liberalen Entente“ zusammengeschlossen, die wieder in die demokratisch-konstitutionelle und in die liberale Linke zerfiel. In den Reihen der „liberalen Entente“ saßen Nitti und Orlando. Die liberale Gruppe (Zentrums-Blockpartei) vereinigte rund 20 Abgeordnete, mit Weda als Parteiführer.

Die Rechte umschloß das rechte Zentrum, dessen bekannteste Führer Luzzatti und Sonnino waren, und die rein nationalistische äußerste Rechte, die Salandra zum Führer hatte. Die Rechte und gewisse Radikale, darunter der im Caillaux-Prozess vielgenannte Martini, bildeten die Gruppe „Il fascio“ (Der Bund) mit ungefähr 75 Abgeordneten, eine Gruppe von „Wilden“, die sich nur im Kampfe gegen die „Neutralisten“ vor dem Eintritt Italiens in den Krieg zusammenfanden.

Für die italienischen Wahlen wird das Proportionalwahlrecht angewendet, das aber dem Wähler das Recht läßt, gewisse individuelle Ansichten zur Geltung zu bringen. Der Wähler schreibt auf den Stimmzettel, der das Zeichen der von ihm gewünschten Liste enthält, die Namen der Kandidaten, die er vorzieht. Wenn die Liste unvollständig ist, kann er auf seinem Stimmzettel die Namen von Kandidaten, die er anderen Listen entnimmt, aufschreiben. Bei der Feststellung der Wahlergebnisse werden zuerst die für die einzelnen Listen und dann die Namen der schriftlich bestimmten Abgeordneten gezählt.

Rom, 19. November. Die allgemeinen Wahlen haben für Italien mit einem entschiedenen Siege der Sozialisten geendet. Ihr Triumph geht weit über die allgemeinen Erpartungen hinaus.

Rom, 19. November. (Stefani.) Nachrichten aus Mailand besagen, daß Mussolini, der Direktor des Secolo, dessen Wahl als sicher bezeichnet werden kann, gestern verhaftet wurde, weil in dem Büro seiner Zeitung Sprengstoff vorgefunden wurde.

Mailand, 19. November. Nach den Erkundigungen des Mattes Sera sind bis jetzt 100 Sozialisten gewählt. Man rechnet, daß sie im besten Falle 150 Sitze erhalten werden. Die Katholiken werden etwa 70 Mandate erhalten.

Deutsche Nationalversammlung.

(114. Sitzung.) OB. Berlin, 20. November.

Nach einer Ferienpause von drei Wochen hat die Nationalversammlung heute die erste Sitzung abgehalten. Am Regierungstisch waren der Reichsverkehrsminister, der Reichspostminister und der Reichswehrminister erschienen. Auf dem Platz des verstorbenen Abg. Groeber (Str.) war ein großer Kranz niedergelegt. Aus den geschäftlichen Mitteilungen, die erfaßt wurden, ist hervorzuheben, daß der Abg. Panzer (Soz.) sein Mandat niedergelegt hat.

Nachrufe für Saase und Groeber.

Den Beginn der Sitzung machten zwei Nachrufe, die der Präsident Ehrenbach den Abg. Saase (L. Soz.) und Abg. Groeber (Str.) widmete. Unter anderem betonte er, daß während der Parlamentspause die Nationalversammlung von zwei schmerzlichen Trauerfällen heimgesucht worden ist. Am 7. November starb der Abg. Saase. Seine hervorragende Beihaltung und Arbeitskraft, sein ungeliebtes Eintreten für seine politischen Ideale, seine freundliche Kollegialität gewannen ihm das Vertrauen und sichern ihm ein ehrendes Andenken bei der deutschen Volksvertretung. Er starb eines traurigen Todes durch die Hand eines Wahnsinnigen auf dem Wege zur Nationalversammlung, im direkten Bereich des Reichstagsgebäudes, wo er in einer wichtigen politischen Angelegenheit die Stellung seiner Fraktion vertreten wollte. Dann fuhr der Präsident fort: „Gestern verchied plötzlich

folgte eines Schlaganfalles unser Kollege Groeber. Er gehörte ein volles Menschenalter dem Reichstage an, seit dem Jahre 1887 und danach der jetzigen Nationalversammlung. In den letzten Jahren bekleidete er das Amt des ersten Vorsitzenden der Zentrumsfraktion. Er war unstrittig eines der arbeitsfreudigsten Mitglieder des Reichstages. Aus seiner Feder kamen ausgezeichnete Berichte über die wichtigsten Gesetzgebungsakte. Ein ausgezeichneter Kenner der Geschäftsordnung und ein wirkungsvoller Redner für die Rechte und die Wohlfahrt des Volkes. Groeber starb bei seinem ersten Ausgange nach einem schweren Unfall im Reichstagsbureau. Er wird nicht vergessen werden.

Das Haus erhob sich zu Ehren der beiden Verstorbenen von den Sitzen. Die auf der Tagesordnung stehenden 150 Bittschriften wurden ohne Aussprache nach den Beschlüssen der Ausschüsse für erledigt erklärt. Damit schloß die Sitzung. Nächste Sitzung morgen.

Abgeordneter Groeber 1.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung, der langjährige Abgeordnete Adolf Groeber, ist im Reichstagsgebäude während eines Besuchs, den er dem Direktor Geheimrat Jungheim abstatete, einem Schlaganfall erlegen. Der Verlebene stand im 66. Lebensjahr. In Niedlingen (Württemberg) am 11. Februar 1854 geboren, widmete er sich dem Studium der Rechte, nach dessen Beendigung er in den württembergischen Justizdienst trat. Er war bis zum Landgerichtsdirektor in Heilbronn aufgerückt, als er am 5. Oktober 1918 zum Staatssekretär im Kabinett des Prinzen Max von Baden ernannt wurde. In den Reichstag wurde Groeber zum erstenmal 1887, in die zweite württembergische Kammer 1889 gewählt; beiden Parlamenten hat er seitdem ununterbrochen angehört. Schon



Adolf Groeber.

kurze Zeit nach Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn spielte er in der Zentrumsfraktion eine hervorragende Rolle und erreichte eine führende Stellung. Für das Ansehen, das er bei seinen Freunden genoss, ist kennzeichnend seine Wahl zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion im Jahre 1917 und schließlich die Berufung in die Regierung. Das jähe Hinscheiden Groebers, des allgemein hochgeachteten Mannes, wird bei Freunden und Gegnern aufrichtig bedauert, und die Nationalversammlung verliert in ihm ein Mitglied, das hoch über dem parlamentarischen Durchschnitt stand. Der Reichspräsident hat an den Generalsekretär der Zentrumsfraktion das nachstehende Telegramm gerichtet: „Tieferschüttert höre ich von dem plötzlichen Hinscheiden des verehrten Führers Ihrer Fraktion. In ihm verliert die Zentrumsfraktion, die Nationalversammlung und mit ihr das deutsche Volk einen der verdienstvollsten Parlamentarier, der durch viele Jahrzehnte in selbstloser Hingabe für die gemeinsame Sache des Vaterlandes gewirkt hat. Ich spreche der Fraktion und der Partei des Zentrums mein aufrichtiges und tiefes Mitgefühl zu diesem schweren Verluste aus.“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• **Krisis in der Reichsregierung?** In häufig gut unterrichteten Kreisen verlautet, es könne mit der Möglichkeit eines Austrittes der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung gerechnet werden, falls die bürgerlichen Parteien bei den kommenden Steuerberatungen und der Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes die sozialdemokratischen Forderungen ablehnen. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit ist dieser Meldung um so weniger abzuschreiben, als in letzter Zeit sich immer mehr Anzeichen einer Annäherung zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen bemerkbar machen. Es ist zwar zu offiziellen Verhandlungen zwischen den beiden Parteien noch nicht gekommen, doch erscheint es nicht ausgeschlossen, daß es zu ernsthaften Verständigungsversuchen kommen kann, wenn die Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz in der sozialdemokratischen Fassung keine Mehrheit aufweist.

• **Die Ablieferung der Milchkuhe.** Wie hart die Waffenstillstandsbedingung der Ablieferung der Milchkuhe die einzelnen Kreise betrifft, beweist zum Beispiel, daß der Landkreis Wiesbaden, der an beispielloser Milchknappheit leidet, 70 Kühe und die Stadt Wiesbaden selbst 8 Stück abliefern müssen. Die Bauern erhalten für jede abgelieferte Kuh nur 2400 Mark, während sie für die Erhaltung 4000 Mark und mehr bezahlen müssen.

• **Die nord-schleswigsche Frage.** Der dänische Minister für Schleswig, Hansen, hielt in Hadmersleben eine Rede, in der er erklärte, er betrachte es als Pflicht, als Minister für Nord-schleswig dafür zu sorgen, daß dänischerseits das Opfer so groß als möglich werde. Die Unterrichtsfrage werde sich nach der Volksfrage richten. Man werde aber starke Rücksicht auf das Recht der Minderheiten nehmen. In den Städten schlage man eine Teilung der Klassen nach Sprachen vor, so daß die Eltern frei bestimmen können, in welcher Sprache ihre Kinder unterrichtet werden sollen. Er habe stets die Arbeit in der zweiten Zone nach Kräften unterstützt. Er sei aber ein Gegner der dritten Zone gewesen, die den Keim zu kommenden Kriegen legen würde. Es sei Pflicht Dänemarks, an die kommenden Geschlechter zu denken. Es würde eine große Gefahr für Dänemark bedeuten, wenn ein großer deutscher Blut nach Dänemark käme.

• **Die Abreise Hindenburgs aus Berlin** zeitigte wieder große Rundgebungen auf dem Bahnhof, wohin die Reichsregierung eine Ehrenkompanie befohlen hatte. Als Hindenburg das Auto verließ, stimmte die Kapelle das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ an, das von vielen Anwesenden mit entblößtem Haupte mitgegeben wurde. Dann ging Hindenburg auf die Ehrenkompanie zu, die den Feldherrn mit dem Ruf: „Guten Morgen, Guter Herr!“ begrüßte. Hindenburg antwortete: „Guten Morgen, Kameraden!“ Dann schritt Hindenburg die Ehrenkompanie ab. Unter fortgesetzten Hochrufen der Menge nahm der Generalfeldmarschall hierauf den Vorbeimarsch der Ehrenkompanie ab. Die Offiziere sammelten

sich um den Feldmarschall, der jedem die Hand reichte und dankte. Bei diesem Abschied meinten viele Frauen unter den Anwesenden laut auf. Auch Hindenburg war sichtlich bewegt. Es erklangen wieder Hochrufe auf den Scheidenden. Hindenburg verneigte sich entblößten Hauptes nach allen Seiten und winkte der Menge, welche die Abschiedskette durchbrach, zu. In dem Augenblick, als der Generalfeldmarschall den Bahnhof betreten wollte, rief jemand: „Hoch Hindenburg! Auf Wiedersehen als Reichspräsident!“ Die Menge wiederholte diesen Ruf immer wieder.

Deutsch-Osterreich.

• **Rumänien fordert Bela Khuns Auslieferung.** Die rumänische Regierung hat die Auslieferung von Bela Kun verlangt, weil er als gebürtiger Siebenbürger rumänischer Staatsbürger ist. Das Auslieferungsbegehren wird gestellt wegen Unterschlagungen, die Bela Kun vor Jahren als Angestellter der Arbeiterkrankenkasse in Klausenburg begangen hat.

Italien.

• **Die Wahlen in Oberitalien.** In Rom, Mailand, Bologna und Turin sind alle sozialistischen Kandidaten gewählt, und für die Industriebezirke Morbidatens gilt das gleiche. Es dürften 180 sozialistische Abgeordnete in das Parlament einziehen. Sie haben also um 100 Deputierte zugenommen.

Ungarn.

• **Das neue Kabinett.** In einem außerordentlichen Ministerrat stimmten die Kabinettsmitglieder dem Rücktritt Friedrichs zu, worauf Kultusminister Huszar zum Ministerpräsidenten ernannt und beauftragt wurde, ein Konzentrationkabinett zu bilden. Sobald die Namensliste des Kabinetts von der Entente gutgeheißen wird, wird Ministerpräsident Friedrich die neue Regierung ernennen und selbst zurücktreten. Falls die Wahlen zu dem anberaumten Termin nicht stattfinden, ist die Regierung verpflichtet, die Macht in die Hand Friedrichs zurückzugeben.

Großbritannien.

• **Fürsprecher Deutschlands.** Als im Unterhaus der Gesetzentwurf verhandelt wurde, der den Untertanen früher feindlicher Länder verbieten soll, englischen Boden zu betreten, hielt der Koalitionsliberale Hutchison eine Rede, in der er auseinandersetzte, wie wenig er den andauernden Haß gegen Deutschland begreifen könne. Wollte England innerhalb absehbarer Zeit seinen Handel wiederherstellen, so müßten mehr bisher feindliche Fremde nach England kommen, und wenn England eine einigermaßen anständige Schadenergütung von Deutschland erwarte, dann müßten die Deutschen ins Land kommen dürfen. Wenn Europa wieder normal geworden sein werde und England dann keine Farbstoffe aus Deutschland erhalten würde, dann werde die englische Baumwollindustrie auf andere Länder übergehen; denn die anderen Länder wären stolziert genug, um zu wissen, wann ein Krieg zu Ende ist.

Aus In- und Ausland.

• **Österreich.** Als mutmaßlicher Nachfolger des verstorbenen Kölner Erzbischofs wird der derzeitige Bischof von Baderborn genannt.

• **Schweiz.** Der Schweizer Nationalrat hat sich bei der Abstimmung für den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund erklärt. Nach Schweizer Bestimmungen wird die Schweiz an Deutschland Entschädigungsansprüche geltend machen.

Dresden, 19. November. Der sächsische Finanzminister lehnte es ab, der Einladung Erzbergers zur Beratung der Steuer- und Finanzvorlagen nach Berlin zu folgen. Diese Vorlagen könnten nicht in einem Sektempo erledigt werden. Der sächsische Finanzminister erklärt im voraus, alle von den anderen Finanzministern gefaßten Beschlüsse als unverbindlich für Sachsen.

Berlin, 19. November. Aus Washington wird gemeldet, daß Wilson mit der Zurückziehung des Friedensvertrages droht, da er sich mit der Haltung des Senats nicht einverstanden erklären kann.

Berlin, 19. November. In einer Note der deutschen Regierung wird die Vertretung der Schweiz in Berlin erucht, durch ihre Gesandtschaften in Paris und London darauf aufmerksam machen zu lassen, daß deutsche Kriegsgefangene zum Eintritt in die polnische Armee gezwungen worden sind.

Braunschweig, 18. November. In einer Versammlung der hiesigen Gast- und Hotel-Wirte, Gasthaus- und Konditorei-Besitzer wurde beschlossen, die schon früher kundgegebene Absicht, vom 1. Dezember ab alle gastgewerblichen Betriebe Braunschweigs zu schließen, nunmehr zu verwirklichen. Vom 1. Dezember morgens ab sollen alle Hotels, Gasthäuser, Gast- und Schankwirtschaften, sämtliche Kaffeehäuser, Konditorien, Ball- und Konzertsäle so lange geschlossen gehalten werden, bis der Ernährungsminister die gegen das Gastwirtsgerber erlassenen scharfen Maßnahmen zurücknimmt.

Wien, 19. November. Amtliche Meldung. In vielen Gebieten Österreichs ist eine Situation der Brot- und Mehlerverknappung eingetreten. Die Verknappung konnte für die nächste Zeit nur unter Kürzung der Mehlquote aufrecht erhalten werden. In den letzten Tagen hat sich die Situation neuerlich verschlechtert, weil aus Rotterdam die erwarteten Getreidetransporte infolge der in Deutschland bestehenden Transport Schwierigkeiten ausblieben und die südslawischen Getreide- und Mehltransporte auf südslawischem Gebiet aufgehalten wurden. Ferner drohen auch die bisherigen Anschlüsse aus Triest zu versagen, da ein völlig gewesener Dampfer mit argentinischem Getreide infolge eines Arbeiterstreiks in Gibraltar aufgehalten wurde, außerdem ein zweiter Dampfer überfällig ist, jedoch die Deckung des Wiener Brot- und Mehlbedarfes in der nächsten Woche noch fraglich ist. Trotz wiederholter Bemühungen bei der Reparationskommission wegen rascher Entscheidung konnte kein Erfolg erzielt werden, doch hofft man, daß die in Triest lagernden Getreidemengen in den nächsten Tagen abtransportiert werden.

Prag, 18. November. (Meldung des tschecho-slowakischen Pressbüros.) In Beantwortung einer Anfrage über die Situation der tschecho-slowakischen Armee erklärte der Nationalversammlung Ministerpräsident Tuzar, die Armee hätte nach ausdrücklicher Erklärung des Präsidenten Masaryk, der sie geschaffen habe, bloß die Aufgabegeschäft, während des Krieges im Falle des Bedarfs den Deutschen und Österreichern Widerstand zu leisten. In den inneren Angelegenheiten Rußlands hätte sie sich nicht einzumischen. Aus einer Depesche, die ich heute erhalten habe, erklärte der Ministerpräsident weiter, ist zu entnehmen, daß

die Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung über den notwendigen Schiffsraum zum Heimtransport der Armee bereits beendet sind. Die Situation der sibirischen Armee ist ungefähr folgende: Ein Drittel ist in der Nähe von Vladivostok konzentriert. Der Hauptteil, das Zentrum, und das Kommando, befindet sich gegenwärtig in Irkutsk. Ein Teil ist gerade auf dem Marsch nach Vladivostok. Die Armee hat Befehl, so schnell wie möglich nach Osten zu marschieren. Ein Weg nach Westen ist unmöglich. Die Armee müßte sich entweder durchschlagen oder mit den Bolschewiki verhandeln, was beides undurchführbar ist. Die tschecho-slowakisch-sibirische Armee darf nicht mehr in weitere Kämpfe gezogen werden. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen.

Kopenhagen, 18. November. Der Minister für Schleswig, Hansen, hielt in Kopenhagen eine Rede, in der er erklärte, er betrachte es als Pflicht, als Minister für Nord-Schleswig dafür zu sorgen, daß dänischerseits das Opfer so groß als möglich werde. Die Unterrichtsfrage werde sich nach der Volksfrage richten. Man werde aber keine Rücksicht auf das Recht der Minderheiten nehmen. In den Städten schlage man eine Teilung der Klassen nach Sprachen vor, so daß die Eltern frei bestimmen können, in welcher Sprache ihre Kinder unterrichtet werden sollen. Er habe stets die Arbeit in der zweiten Zone nach Kräften unterstützt. Er sei aber ein Gegner der dritten Zone gewesen, die den Reim zu kommenden Kriegen legen würde. Es sei Pflicht Dänemarks, an die kommenden Geschlechter zu denken. Es würde eine große Gefahr für Dänemark bedeuten, wenn ein großer deutscher Block nach Dänemark käme. Die Frage der Räumung der dritten Zone sei jedoch nun in den Hintergrund getreten. Schließlich sprach Hansen die Hoffnung aus, daß der Wahlkampf in ruhiger und würdiger Weise geführt werden möge.

Oslo, 18. November. Die deutsche Delegation zur Arbeitskonferenz in Washington hätte heute mit dem Dampfer „Stockholm“ abfahren sollen. Kurz vor Abfahrt des Dampfers lief von der deutschen Regierung eine Mitteilung ein, daß die Konferenz in Washington morgen abgebrochen würde, weshalb es die deutsche Regierung für unmöglich ansetzt, die Delegation die Reise über den Atlantischen Ozean antreten zu lassen. Die Deutschen reisen morgen in die Heimat zurück.

Amsterdam, 18. November. Wie die Blätter melden, ist Croelstra zum Chefredakteur des sozialistischen Blattes „Het Volk“ ernannt worden.

Amsterdam, 18. November. Einer Neutermeldung zufolge ist der ehemalige deutsche Konsul in Brissbane, Dr. Girschfeld, der während des Krieges interniert war, von neuem interniert worden.

Bern, 19. November. Bei der gestern fortgesetzten Debatte im Nationalrat über den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund erklärte als Vertreter der Regierung Bundesrat Schulke: Der Bundesrat wird anlässlich der Abgabe der Beitrittserklärung zum Völkerbunde auf Artikel 435 des Versailler Friedensvertrages Bezug nehmen, worin die immenswährende Neutralität der Schweiz als eine der Erhaltung des Friedens dienende Übereinkunft anerkannt wird. Der Bundesrat wird auch darauf aufmerksam machen, daß die Schweiz die ihren Traditionen entsprechende immenswährende Neutralität auch künftig als unverrückbare Grundlage ihrer Politik befolgen werde und daß die Schweiz demgemäß, selbst in Fällen des Artikels 16 des Vertrages, sich von der Gewährung des Durchzugsrechtes, sowie von jeder anderen militärischen Hilfe als befreit betrachte. Nimmt der Rat des Völkerbundes diese Erklärung in zustimmendem Sinne entgegen, so ist die Stellung der Schweiz in Bezug auf die Neutralität gewahrt. Geschieht dies wider Erwarten nicht, so würde der Bundesrat die Beitrittserklärung als nicht abgegeben betrachten.

Bern, 19. November. Der Nationalrat hat gemäß dem Antrag der Kommissionmehrheit mit 124 gegen 45 Stimmen dem Eintritt in den Völkerbund zugestimmt.

Appenzell, 18. November. Die Appenzeller Zeitung erklärt die Meldung der Genfer „Suisse“, die Schweiz werde Entschädigungsansprüche an Deutschland in Höhe von 54 Millionen Francs stellen, in dieser Form für unrichtig. Soweit der schweizerische Handel durch den Tauchbootkrieg zu Schaden gekommen sei, würde das Deutsche Reich grundsätzlich haftbar erklärt werden, weil der U-Boot-Krieg an sich völkerrechtswidrig gewesen sei. Eine dahingehende Ersatzforderung würde direkt in Berlin geltend zu machen sein, denn wenn die Schweiz deswegen an die Friedenskonferenz appellierte und diese als eine Zwangsvollstreckungsbehörde gegenüber Deutschland in Anspruch nähme, würde sie ihre Neutralität aufgeben und zur Kriegspartei werden. Die von schweizerischen Staatsangehörigen in Belgien und Nordfrankreich erlittenen Kriegsschäden würden Deutschland ebenfalls in vollem Umfang zu vergüten sein, und die geschädigten Schweizer dürften hier nicht schlechter gestellt werden als die Belgier und Franzosen. Möglicherweise habe sich der Bundesrat bereits veranlaßt gesehen, diese Ersatzansprüche genau zu interpretieren und dahin zu wirken, daß die schweizerischen Interessen nicht hintangestellt werden.

London, 19. November. (Gavas.) Das Unterhaus nahm gestern in dritter Lesung einstimmig das Ausländergesetz an.

In Beantwortung einer Anfrage erklärte Bonar Law, daß die Kosten für die Befestigung der Türkei von den Mächten zu tragen seien, die eventuell ein Mandat über die betreffenden Gebiete erhalten werden.

Haag, 19. November. Die Nachricht, daß der belgische Geschäftsträger wegen des Vorfalles in Dresden der holländischen Regierung eine Note übergeben hat, ist unzutreffend. Er hat nur den holländischen Minister des Auswärtigen mündlich auf diese Vorfälle aufmerksam gemacht.

Brüssel, 19. November. Da die Sozialisten bei den Wahlen ein starkes Übergewicht erlangt haben, hat das Kabinett dem König seine Entlassung angeboten. Der König hat die Minister gebeten, einstweilen die Geschäfte weiter fortzuführen.

Brüssel, 19. November. (Gavas.) Die Zeitung „Le Peuple“ meldet, daß der belgische König seine Verhandlungen zur Bildung des Ministeriums begonnen, und gestern die beiden sozialistischen Minister van der Velde und Wauters empfangen hat.

Bunte Tages-Chronik.

Berlin. Bei einer Abteilung der Sicherheitswehr wurden in dem zur Heizung bestimmten Koks drei Eierhandgranaten aufgefunden.

Halle a. S. Das gesamte Fahrpersonal der Strassenbahn Halle-Merseburg ist wegen Lohnforderungen ausständig. Der Betrieb ruht.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Bei der nachstehenden Tabelle bedeutet Brief = angeboten und Geld = gesucht. Die Valuta steht jetzt für je 100 Gulden (G), 100 Kronen (Kr.) bzw. 100 Franc (Fr.):

Börseplätze	20. 11.		18. 11.		17. 11.	
	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam G.	1718 1/2	1721 1/2	1693 1/2	1701 1/2	1593 1/2	1601 1/2
Kopenhagen Kr.	949 1/4	950 3/4	949 1/4	950 3/4	879 1/4	880 3/4
Stockholm Kr.	1049 1/4	1050 3/4	1049 1/4	1050 3/4	969 1/4	979 3/4
Christiania Kr.	1009 1/4	1010 3/4	1009 1/4	1010 3/4	929 1/4	930 3/4
Bern Fr.	829 1/4	830 3/4	824 1/4	825 3/4	775 1/4	776 3/4

Im Frieden kostet im Durchschnitt 100 holländische Gulden 170 Mark, 100 dänische, schwedische bzw. norwegische Kronen 112 Mark und 100 Franc rund 80 Mark von kleinen Kurschwankungen natürlich abgesehen.

* **Gastwirtsstreik in Braunschweig.** In einer Versammlung der braunschweigischen Gast- und Hotelwirte, Gasthaus- und Konditoreibesitzer wurde beschlossen, die schon früher kundgegebene Absicht, vom 1. Dezember ab alle gastgewerblichen Betriebe Braunschweigs zu schließen, nunmehr zu verwirklichen. Vom 1. Dezember ab sollen alle Hotels, Gasthäuser, Gast- und Schankwirtschaften, sämtliche Kaffeehäuser, Konditoreien, Ball- und Konzertsäle solange geschlossen gehalten werden, bis der Ernährungsminister die gegen das Gastwirtsgerwerbe erlassenen scharfen Maßnahmen zurücknimmt.

Sächsische Volkshammer.

Nach Aufhebung der Personenzugsperrre fand am Montag die Fortsetzung der von der Kammer unterbrochenen Sitzungen statt. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Schlussberatung über den Entwurf eines Gesetzes betr. die Ergänzung des Gehilfenverzeichnis zum Kostengesetz vom 30. April 1906. — Der Finanzausschuss A beantragt die Annahme des Gesetzesentwurfs unverändert nach der Vorlage. Das Haus stimmt dem Antrage ohne Aussprache einstimmig zu.

Weiter steht zur Beratung eine Interpellation Dr. Roth und Gen. betr. die Neuordnung des Beamtenrechts. Abg. Dr. Roth (Dem.) begründet die Interpellation. Die Beamten wollten endlich einmal Latein lernen. Seit Jahrzehnten seien sie einmütig durchdrungen von der Notwendigkeit der Neuordnung der beamtenrechtlichen Zustände im neuzeitlichen Sinne. Redner fragt die Regierung, wie weit die Vorarbeiten zur Neuordnung des Beamtenrechts geblieben seien und stellt die bekannten, bereits früher im Landtag erhobenen Forderungen, die z. Z. jetzt vom Reich übernommen worden sind. Das Reich müsse in beschleunigtem Tempo die Vorarbeiten für die Konditionation des Beamtenrechts vornehmen und die sächsische Regierung die Materien, die ihr unterstellt sind, bald zum Abschluss bringen.

Minister des Innern Uhlig beantwortet die Interpellation. Die Hauptaufgabe bei der Neuordnung des Beamtenrechts fällt dem Reich zu. Die Landesregierung muß erst die vom Reich zu schaffenden Grundlagen abwarten, ehe sie eine organische Reform durchführen kann. Die Regierung hatte bereits einen Entwurf über die Vorlegung der Personalakten fertiggestellt, wird diese Vorlage aber bis zu einer allgemeinen Neuordnung zurückhalten. Der Beschwerdebeweg ist in Sachen bereits für kleinere Dienststellen geöffnet. Auch die Verfüng gegen Entschädigungen der Disziplinargerichte ist gegeben. Das Wiederaufnahmeverfahren bedarf noch der gesetzlichen Regelung. Ein Gesetzentwurf über die Änderung des Dienststrafverfahrens sollte in diesen Tagen eingebracht werden, das ist aber nicht möglich, solange unbekannt ist, wie das Reich und Preußen vorgehen. Ein einheitliches Vorgehen ist aber notwendig. Die Regierung ist gern bereit, bei der Reichsregierung im Sinne einer Beschleunigung zu wirken. Den dringlichsten Erfordernissen ist sie aber durch Verordnungen nachgekommen. Beamtenauschüsse sind gebildet worden, die Errichtung eines Beamten-Landesbeirats ist eingeleitet. Auch die Regierung wünscht eine Vereinfachung der Verwaltung. Zur Beseitigung einer Befolungsreform ist der gegenwärtige Zeitpunkt sehr ungünstig. Eine Grundlage für die Befolungsreform ist erst dann gegeben, wenn die Preisverhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt einigermaßen einen Anhalt dafür gestatten.

Hierauf wird die Besprechung der Interpellation beantragt und beschlossen.

Dienstagssitzung. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Rechenschaftsausschusses über die Volkshammerordnung und die Geschäftsordnung der Volkshammer. Der Ausschuss beantragt, die Volkshammer solle die in dem Ausschussbericht enthaltene Volkshammerordnung als Gesetzentwurf sowie den ebenfalls als Anlage II beigefügten Entwurf als Geschäftsordnung der Volkshammer beschließen. Abg. Kaiser als Berichterstatter verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht und beantragt Zurückverweisung an den Rechenschaftsausschuss, der die in der heutigen Aussprache zutage tretenden Wünsche mit verarbeiten solle. Abg. Ziller (Dn.): Seine Freunde können im großen und ganzen der Volkshammerordnung wie der Geschäftsordnung zustimmen. Es sei im Interesse der Steuerzahler, daß bei einer längeren Vertagung, wie jetzt infolge der Verkehrsperre, auch die Bezüge der Abgeordneten gefürzt würden. Abg. Lipinski (Unabh.) gibt dem Rechenschaftsausschuss eine Reihe von Vorschlägen mit auf den Weg. Abg. Dr. Reinhardt (Dem.): Seine Parteifreunde schließen sich im allgemeinen den Ausführungen des Berichterstatters an. Das Haus beschließt hierauf antragsgemäß die Zurückverweisung des Entwurfes der Geschäftsordnung der Volkshammer an den Rechenschaftsausschuss zur weiteren Beratung.

Aus Stadt und Land.

Merckblatt für den 22. November.

Sonnenaufgang	7 ³⁶	Mondaufgang	7 ¹⁹
Sonnenuntergang	3 ²⁷	Monduntergang	3 ⁵²

1780 Komponist Konradin Kreuzer geb. — 1902 Großindustrieller Alfred Krupp a. S.

Wettervorhersage.

Westwind, zeitweise aufklärend, keine wesentliche Temperaturänderung, keine erheblichen Niederschläge.

* **Milheres Wetter hat den strengen Frost abgelöst, und starkes Schneeschmelzen hat eingesetzt.** Nur in der Nacht wurde letzterem durch Kältegrade Einhalt geboten, jedoch tagsüber, wenn die Sonne versucht, sich durch die Wolken zu zwängen, herrscht wieder wärmere Temperatur. Wenn jetzt ununterbrochenes Tauwetter einsetzen würde, so wäre mit großem Wasser zu rechnen, andererseits könnten aber schließlich die Landeute noch daran denken, die Herbstbestellung der Felder vorzunehmen. ... Doch die Natur, sie läßt sich nicht befehlen, — und so müssen wir das

Wetter eben nehmen, wie es kommt. Man kann nur hoffen, daß bald milde, beständige Witterung einsetzt.

* **Es sei darauf hingewiesen, daß am nächsten Sonntag bei dem Gedächtnisgottesdienst für die im Weltkrieg gebliebenen Söhne unsrer Parochie besondere Plätze für Körperschaften und Vereine am Altar vorbehalten sind.**

* **Gestern konnte der Oberschaffner Emil Greif beim hiesigen Postamt sein 25jähriges Dienstjubiläum begehen.**

* **Sonntag, den 23. November d. J. verkehrt außer den fahrplanmäßigen Schiffen noch ein Dampfer 10 Uhr vormittags von Dresden nach allen Stationen bis Schandau, der pünktlich 4.15 nachmittags von Schandau zurückkehrt, an allen Stationen anlegt und abends 7.30 in Dresden wieder eintrifft.**

Sebnitz. Einem jungen Mädchen ist in einem hiesigen Geschäftsladen, in welchem sich mehrere Einkäufer befanden, in einem unbewachten Augenblick das Geldtäschchen mit gegen 10 M. Inhalt aus der Tasche gestohlen worden. Am Sonntag sind einer Frau an der Schandauer Straße in der Zeit zwischen 5—8 Uhr nachmittags drei Normal-Herrenhemden aus einem Hofraume, und innerhalb der letzten 14 Tage zwei Kobelschlitten, der eine bei der Post, der andere aus einer Hausflur, entwendet worden.

Sebnitz. Die Gebühren im Lebigenheim wurden von den städtischen Kollegien erhöht, und zwar betragen sie jetzt für ein Zimmer mit drei Betten jedes Bett 5 M., mit zwei Betten jedes Bett 6.50 M., mit einem Bett 7.50 M. wöchentlich. — Die Gas-, Koks- und Strompreise mußten wiederum erhöht werden. Von sozialdemokratischer Seite wurde angeregt, die Erhöhung nach dem Einkommen zu staffeln. — An Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit und Arbeit in den Ausschüssen erhalten hier der Stadtverordneten-Vorsteher 300 M., die Stadtverordneten 200 M.; an Mitglieder der Ausschüsse von der Bürgerschaft werden 3 M. für jede Sitzung bezahlt. Für veräumte Sitzungen, auch Ausschusssitzungen, werden 4 M. in Abzug gebracht.

Neustadt. Die Stadtverordneten wählten den Stadtrat, der von 4 auf 5 Sitze erhöht wurde. Auf die bürgerliche Liste entfielen 8 Stimmen oder 3 Sitze, auf die sozialdemokratische Liste 6 Stimmen oder 2 Sitze. Ein Stadtverordneter fehlte. Es wurde gewählt: von Liste 1 der bisherige Stadtrat und stellv. Bürgermeister, Kaufmann Schellhauer, ferner neu die Stadtverordneten Blumenfabrikant Nitke und Kantor Augustin. Von Liste 2 die bisherigen Stadtverordneten Instrumentenmacher Rudolph (stellv. Vorsteher) und Blumenarbeiter Harenburg.

Kobewitz. Der Schulvorstand lehnte mit 6 gegen 5 Stimmen die Beschaffungsbefehle für Lehrer ab, da die Gemeinde sich außerstande fühlt, diese Befehle neben den Lehren auch den Beamten und Arbeitern gewähren zu können.

Zittau. Die Totenliste des ehem. Zittauer Infanterie-Regiments Nr. 102 aus dem Weltkrieg weist insgesamt als gefallen auf: 2805 Soldaten, 323 Unteroffiziere und 102 Offiziere, davon werden 10 vermißt. Ueber 50 Jahre hat das Regiment im Gesamtverbande in Zittau gestanden, das von jetzt ab infolge des Friedensvertrages keine Garnison mehr haben wird. Die zwei großen Kasernen an der Mandau und auf den Kaiserfeldern dürften später zu Wohnzwecken Verwendung finden. Jetzt dienen sie verschiedenen militärischen Zwecken, so z. B. zur Unterbringung von heimkehrenden Gefangenen.

Pirna. Die Zahl der Erwerbslosen in Pirna betrug am 15. November 528 Personen, und zwar 163 männliche über 21 Jahre, 205 weibliche über 21 Jahre und 160 Jugendliche. Am 15. Oktober wurden 480 Erwerbslose in Pirna gezählt.

Pirna. Auf abschüssiger Bahn befindet sich ein 15jähriger Bursche aus Copitz. Er hat bereits eine Menge Straftaten, wie Diebstähle, auf dem Kerbholz und stand deswegen schon vor dem Landgericht. Am Dienstagabend ließ er sich in der Bahnhofswirtschaft auf dem Bahnhofe in Pirna einschließen, angeblich mit einem Unbekannten, der ihn dazu aufgefordert haben soll. In der Nacht öffnete der junge Taugenichts die Kontrollkassette, entnahm ihr das darin befindliche Geld und stahl auch sonst noch Schokolade, Zigaretten usw. Von hier aus sollte der Raubzug nun fortgesetzt werden. Denn auch einer anderen Gastwirtschaft war ein nächtlicher Besuch zugebracht. Auf der Albertstraße ließ der Bursche jedoch der Polizei in die Hände, die ihn, da er schwer verdächtig schien, festnahm und nach der Wache brachte. Vor der Polizei hat der junge Dieb noch eine Menge anderer Diebstähle eingestanden. Er wurde dem Amtsgericht übergeben. (P. A.)

Dresden. Dieser Tage sind die 18 Jahre alte Arbeiterin Dora Jähnel, Wittenberger Straße 17 wohnhaft, das 6 Jahre alte Mädchen Hildegard und der 4 Jahre alte Knabe Walter des daselbst wohnenden Kaufmanns Hönicke bemußlos in der elterlichen Wohnung aufgefunden worden. Es liegt Gasvergiftung vor. Die Hönickeschen Eheleute hatten während ihrer Abwesenheit der Jähnel die Aufsicht über ihre Kinder übertragen. Ob Fahrlässigkeit oder Unfall vorliegt, konnte zurzeit nicht geklärt werden, da die Jähnel, die Aufnahme im Johannstädter Krankenhaus gefunden hat, noch nicht vernehmungsfähig ist. Das 6 Jahre alte Mädchen Hildegard ist bereits gestorben. — Aus einem hiesigen Geschäft ist am 18. November eine braunleberne Brieftasche mit 20 000 Mark in rumänischen Eintausendlei-Scheinen und neun Eintausendmark-Scheinen in deutschen Noten gestohlen worden. Die rumänischen Banknoten sind von der Banca Generala Romana ausgestellt. Die Kriminalpolizei bittet um sachdienliche Mitteilungen.

Leipzig. Dem Kommunalverband Leipzig-Land konnten durch die Heerespolizei, Zweigstelle Leipzig, über 100 Zentner Weizenmehl gerettet werden. Beamten der Heerespolizei war es gelungen, einer beabsichtigten Mehlerhebung auf die Spur zu kommen. Das Mehl war bereits im Waggon verladen und schon im Abrollen nach auswärts begriffen. Durch rasches und geschicktes Arbeiten der Heerespolizei konnte das Mehl noch rechtzeitig erfasst und der Amtshauptmannschaft Leipzig wieder zugeführt werden.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Sonnabend, den 22. d. M., abends 1/8 Uhr,
im Sitzungssaale des Rathauses.

Tagesordnung:

1. Richtigsprechung städtischer Rechnungen.
2. Beschaffungsbeihilfe für die Hebammen betr.
3. Erneuerungsarbeiten auf der Schloßbastel betr.
4. Erhöhung der Gaspreise.
5. Gesuche um Feuerzuzulagen.
6. Kriegerfürsorge betr.
7. Anschaffung eines Röntgenapparates für das Stadtkrankenhaus.
8. Kenntnisnahme von der Anstellung der Schulleute Porsche, Kasper und Meckl.
9. Mitentscheidung zum Ratsbeschluss vom 13. April d. J. (Ausschlüsse betr.).
10. Besuch des Fährpächters Emil Schmidt.
11. Erhöhung des Wohnungsgeldes für die Vikare hiesiger Volksschule.
12. Gewährung eines Beitrages an die Anstalt Bethel.
13. Anträge der Stadtverordneten Fräulein Elfe Hoffe.
14. Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Wahl von 5 unbesetzten Ratsmitgliedern.

Schandau, am 21. November 1919.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Fleischversorgung.

In der laufenden Woche erhalten auf die Marken 1 bis mit 8 der Reihe O der Reichsfleischkarte Personen über 6 Jahre 150 g Frischfleisch (einschl. Wurst). Personen unter 6 Jahren erhalten auf die Marken 1 bis mit 4 die Hälfte dieser Menge.

Pirna, den 20. November 1919.

Die Amtshauptmannschaft.

Auskunftspflicht gegenüber der Landesstelle für Gemeinwirtschaft.

Die im September sämtlichen Gemeinden übersandten Fragebogen, den Gemeinde-Eigenbesitz und die Gemeinwirtschaft betr., waren bis 15. Oktober zurückzusenden. Diefem Ersuchen haben eine erhebliche Anzahl von Gemeinden nicht entsprochen; in einzelnen Fällen sind in Verkennung der Verhältnisse der Auskunftserteilung Schwierigkeiten entgegengestellt worden.

Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft sieht sich deshalb veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß ihr gegenüber in den einschlagenden Fragen sowohl Privatpersonen, insbesondere landwirtschaftliche und gewerbliche Unternehmer, als auch öffentlich-rechtliche Körperschaften und Verbände zur Auskunftserteilung verpflichtet sind (§ 4 der V. D. v. 22. 4. 1919 — G. u. B. Bl. S. 93 — und Bekanntmachung über Auskunftspflicht vom 12. 7. 1917 — R. G. Bl. S. 604).

Die im Rückstande befindlichen Gemeinden werden aufgefordert, den ausgefüllten Fragebogen nunmehr umgehend an die unterzeichnete Landesstelle zurückzusenden.

Dresden, den 17. November 1919.

12574

Landesstelle für Gemeinwirtschaft im Freistaate Sachsen. Nr. 1609

Gasthof Prossen.

Sonntag, den 23. November:

Gr. Skat-Turnier.

Es ladet ein Anfang 1/2 5 Uhr. das Komitee.

A. Engelhardt, Schandau, Polllstraße

Fernspr. 283 Uhren, Gold- und Silberwaren Fernspr. 283

Neu eingegangen:

Tafeluhren :: Regulatoren :: Freischwinger,
:: Hausuhren :: Wecker ::

Schuhwaren — für Herren, Damen, Kinder,

stark sowie leicht, schwarz und braun,
(mit und ohne Lackkappe,

gar. reine Lederfette, noch sehr preiswert, bei
Franz Zidlicky, Schandau, Lindengasse

Zahntechnisches Atelier

Schandau von Max Schiweck. Markt 3.

empfiehlt sich zum Einsetzen künstlicher Zähne und ganzer Gebisse neuester Systeme, sowie Zahnziehen, Nervtöten, Plompen und Zahnreinigen. Auch Umarbeiten nicht von mir angefertigter Gebisse.

Auf Wunsch auch auswärts.

Fürsch, Reh, Kalb, Schaf, Ziegen u. Ferkel sowie Rind- u. Kaphaute kauft d. Rohlederhandl. G. Hammer, Kirchstr. 27.

Verwaltungsvermögen 200,000,000 Kr.

Niedereinsiedler Sparkasse

Niedereinsiedler.

Günstigste Verzinsung von Geldeinlagen.
(mündelsicher)

in Kronen oder Mark gegen Einlagebücher und in laufender Rechnung.

Staatspapiere in Verwahrung und Verwaltung. Eigener Scheckverkehr.

Sämtliche übrigen Sparkassengeschäftlichen Durchführungen zu den vorteilhaftesten Bedingungen.

Einlagen, nach dem 10. März 1919 geleistet, sind von der zu dem Zwecke der Vermögensaufnahme vorgeschriebenen steueramtlichen Anmeldung befreit.

Gut erhaltene Nummern

235

werden zurückgekauft.
Sächs. Elbzeitung.

Oswin Thieme, chem. Waschanstalt, Schandau.

Reinigen sämtl. Herren- und Damen-Garderobe, Gardinenspanner, Teppich-Reinigung und Färberei.

Sämtliche Aufträge werden schnellstens ausgeführt.

Filiale in Königstein: Germania-Drogerie, Bielatalstraße.

Leistungsfähigstes Geschäft am Platze.

Haferflocken

werden voraussichtlich nur noch kurze Zeit markenfrei zu haben sein (Wohn 2.10 Mark) bei

Curt Martin, Schandau.

Inserate

für alle in- und ausländischen Zeitungen

beforgt zu Originalpreisen

Geschäftsstelle der Sächs. Elbzeitung.

Nähmaschinen- und Fahrrad-Oel

empfiehlt Georg Wagner, Pirna a. G., Lauterbachstraße 6.

Hausordnungen, Mietverträge

hält vorrätig d. Geschäftsstelle der Sächs. Elbztg.

Für Ostern 1920 befähigter

Knabe als

Schriftsetzer-Lehrling

gesucht.

Mittagslohn wird gewährt.

Verlag der

Sächsischen Elbzeitung.

Aufwartefrau

für 2—3 Stunden vormittags

gesucht.

Villa „Fortuna“, 1 Treppe.

Eine ordentliche, zuverlässige

Aufwartung

wird einige Stunden 1—2 Mal die Woche sofort gesucht.

Sachmann, Haus „Ditheim“.

Aufwartung

gesucht.

Wo? ist zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Günstiges Angebot!

Nichttropfende

hellbrennende

Baum-Kerzen

Postpaket = 18 Karton

a 12 Stück 81.— M.

Haushalt-Kerzen

Postpaket = 10 Karton

a 10 Stück 65.— M.

Rauchfreie und gefahrlose

Wunderkerzen

erstmalig wieder im fr. Handel.

Postpaket = 60 = 25.— M.

Probeseudung enthält v. jeder

Sorte 1 Karton = zusammen

12.— M. gegen Nachnahme.

Eistau-Lametta

100 300 500 1000 Briefe

20, 19.50, 19, 18 M. p. 100

H. Br. Pietsch, Lauban.

Vertreter überall gesucht.

Glaserkitt!

Es zieht, heißt es — Fenster nachsehen, denn der Kitt ist abgefallen.

Kaufen Sie schnell bei

Georg Wagner, Pirna,

Lauterbachstraße 6,

den nötigen Glaserkitt.

Gebe jedes Quantum ab

— auch das Kleinste. —

50 Fuhren

Sägespäne

sofort zu verkaufen.

Metallwarenfabrik

Hans Müller,

Wendischfähre.

Militärstube und Stiefel

(je 1 Paar) sind zu verkaufen.

Wo? sagt die Sächs. Elbzeitung.



Edelstraußfeder

40 cm lg. jezt nur 25 M., 45 cm

lg. nur 36 M., 50 cm 48 M.

55 cm 60 M., 60 cm 95 M.

Echte Kronenreiter,

30 M., 50 M., 75 M., 100 M.,

Echte Stangenreiter,

30 cm hoch 20 M., 35 cm hoch

40 M., 40 cm hoch 60 M., 80 M.,

100 M., 150 M., 200 M. je nach

Dichte.

Echte Paradiesreiter,

20 M., 40 M., 60 M., 80 M.,

100 M.,

Boas von Strauß,

10, 25, 36, 40—100 M. je nach

Güte in Schwarz, Grau, Weiß,

Braun. Versand per Nachnahme.

Auswahl gegen Standaugabe.

Hesse, Dresden, Scheffel-

str. 10/12, Welthaus für Strauß-

federn und Reiher.

Befudskarten werden schnell

angefertigt.

Sächs. Elbztg.

Achtung!

Nur einen Tag kaufe ich alte,
künstliche, auch zerbrochene

Gebisse.

Für Platin, Brennstifte, Gold, Silber
und außer Kurs gesetzte Münzen
zahle ich die höchsten Tagespreise.

bleibe nur diesen Sonnabend, den 22. Nov.,
im Hotel Zur Krone, Markt, und kaufe in
der Zeit von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachmittags.

Alle Sorten

Maschinenöle und Fette

für Industrie und Landwirtschaft empfiehlt die

Del- u. Fett-Großhandlung Georg Wagner, Pirna,
Lauterbachstraße 6, Fernsprecher 2805.

Direkt an Private:

Echt Chevreux- und Borsalf-Lederstiefel (braun u. schwarz.)
Kinder Mädchen Knaben Damen Herren

Größe Nr.: 22—26, 27—30, 31—35, 36—39, 36—42, 40—46.

Preis Mt.: 42.—, 56.—, 72.—, 95.—, 104.—, 120.—

Hochfeine Goodyear-Welt-Stiefel, Mt. 130.—, 150.—.

Peter Forster, Pirmasens (Pfalz).

Anfertigung und Lager von Bruchbandagen empfiehlt
Ernst Hering, gegenüber „Stadt Leptig“, Schandau.

Kirchliche Nachrichten.

Parochie Schandau.

Am Totensfest allgemeine Trauerfeier für die im Weltkrieg Gefallenen des Vaterlandes. 1/2 9 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl: Pastor Siebner; 9 Uhr Gottesdienst mit Predigt über Job. 15, 13: derselbe. Motette für gem. Chor: „Selig sind des Himmels Erben“, von Mend. (Selig sind des Himmels Erben, die Toten, die im Herrens sterben, zur Auferstehung eingeweiht! In Frieden ruhen sie, los von der Erde Mäh! Hosanna! Vor Gottes Thron, zu seinem Sohn begleiten ihre Werke sie, Hosanna!); 12 Uhr Trauergeleit für die im Kriege Gefallenen.

Nachm. 5 Uhr liturg. Gottesdienst mit Ansprache u. anschließender Abendmahlsfeier: Pfarrer Hesselbarth. Vorm. wie abends stollte für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.

Parochie Lichtenhain.

Sonnabend, vorm. 10 Uhr Wochenkommunion.
Totensonntag, vorm. 1/2 9 Uhr Beichte, 9 Uhr Gedenkfeier für die im Weltkrieg Gefallenen. 5 Uhr Beichte.

Parochie Porschtorf.

Totensonntag, vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst, daran anschließend Abendmahlsfeier. Kollekte für die Hinterbliebenen der Gefallenen. Chorgefang: „Nach der Heimat süßer Stille“ von S. G. Nagel.

Nachm. 5 Uhr Gedenkstunde für die Gefallenen, daran anschließ. Abendmahlsfeier, Kollekte für die Hinterbliebenen d. Gefallenen. Kirchenmusik: 1. „Wie ihr so sanft ruht“, Terzett v. Beethoven. 2. „Morgen rot“, Volksweise, Lied für 2 Stimmen. 3. „Auf ferne Gräber“, Solo mit Orgelbegleitung und Celso von Leopold. 4. „Larghetto“, Celso mit Orgelbegleitung von Michael.

Parochie Reinhardtswald.

Am Totensonntag allgemeine Totenfeier: 9 Uhr Gottesdienst mit Gedenkfeier der im Weltkrieg gefallenen Mitglieder der Kirchengemeinde, anschließend Kommunion. — 5 Uhr Gottesdienst mit Abendmahlsfeier in Krippen.

Parochie Königstein.

Am Totensonntag Feier zum Gedächtnis der Gefallenen: Vorm. 9 Uhr Predigt und Abendmahl. Pfarrer Hoyer. Kirchenmusik. — Kollekte für die Kriegshinterbliebenen. — Um 11 Uhr Kindergottesdienst im Konfirmandensaal. Pastor Seeliger. — Abends 6 Uhr Abendmahlsfeier in kürzester Form. Derselbe. Das Wochenamt hat Pfarrer Hoyer.

Montag, den 24. November: Abends 1/2 8 Uhr Frauenabend im Konfirmandensaal.

Dienstag, 25. November, abends 8 Uhr Christlicher Verein junger Männer und Jünglinge.

Katholische Gemeinde.

Schandau, Marktstraße 37, II.
Jeden Mittwoch (in Schulfreien) nachm. 1/2 5—5 kostenlos kath. Religionsunterricht, 5—6 nachmittags kostenlos Sprechstunde in allen Gemeinde- und Familienangelegenheiten.

Neueste Nachrichten.

TU. meldet am 21. November:

Verurteilung Dr. Lauffenbergs.

Hamburg. Das außerordentliche Kriegsgericht verurteilte den Kommunistenführer Dr. Heinrich Lauffenberg wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 1 Jahre Festungshaft. Kommunistische Anhänger hatten versucht, in das Landgerichtsgebäude einzudringen, wurden aber von der Sicherheitswehr davon abgehalten. Die Absicht der Kommunisten, einen Streik der Werftarbeiter herbeizuführen, ist nicht gelungen.

Proteststreik in Frankfurt a. M.

Frankfurt. Wie ein Berichterstatter der Frankf. Ztg. meldet, haben die Rechtskommunisten wegen der Ernennung des Mehrheitssozialisten Ehler zum Polizeipräsidenten in Frankfurt a. M. beschlossene, in einen 24 stündigen Protest- bzw. Generalkstreik einzutreten.

Zurücktreten des Friedensvertrags?

Bern. Der Oberste Rat hat das Zurücktreten des Vertrages von Versailles für den 1. Dezember beschlossen, und zwar soll die Entschließung der Vereinigten Staaten über die Ratifikation des Friedens nicht abgewartet werden.

Schweres Eisenbahnunglück bei Rochlitz.

Rochlitz. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich gestern früh kurz vor 8 Uhr in der Nähe des Bahnhofes Rochlitz. Um diese Zeit hat fahrplanmäßig ein Zug aus Großbothen hier einzutreffen. Als dieser in der Einfahrt begriffen war, rangierte auf dem Nebengleis ein Güterzug. Der letzte Wagen des Güterzuges fuhr über das Nebengleis hinaus einem Wagen der 3. Klasse des Personenzuges in die Flanke, wodurch dieser zertrümmert wurde. Dabei wurden drei junge Leute, die die Realschule besuchten, getötet und 16 weitere Personen teils schwer, teils leicht verwundet. Der Personenzug konnte nicht weitergeführt werden.